

Die Reichsregierung an das Deutsche Volk.

Die deutsche Reichsregierung erklärt folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk! In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verbündete aus West gemacht, um das Deutsche Reich zu zerstören. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gefangen, den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling verhaftet und sich angemahnt, eine Reichsregierung zu bilden, den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Oberg. Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Leiter der Reichs-Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschverschwörung null und nichtig sind. Wer diese Bewegungen unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräther. Statt unteren Brüder im Rheinlande und an der Ruhr zu holen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und gerätet alle Ansichten auf die Ausnahme einer wirtschaftlichen Bedeutung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischem Gebiete haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden um das vielfache gestiegen hat, also ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfola hat, daß in München versucht wird. In der Schicksalskunde des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches fordern wie alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusehen für die Bewahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putschs und die Sicherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: nein über.

Die Reichsregierung: nein Dr. Stresemann, Reichskanzler.

Verordnung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis 5.

In München ist die verfassungsmäßige Regierung am 2. November erklärt, sich zum Reichskanzler, Generalkonsul von Nürnberg und General Postamtsdirektor Hitler. Im Deutschen Reich hat allein General von Seekt, der die vollziehende Gewalt übernommen hat, zu beobachten. Die Reichswehr ist mobil erklärt, zusammen mit den Landespolizeien wird sie jedes Übergreifen der Münchner Bewegung verhindern, zugleich aber jede Unruhe ungesetzlicher Art in diese Lage unterdrücken. Ich verbiete ausdrücklich jede Bildung oder Zusammenziehung von Selbstschutzbünden oder ähnlichen Kampforganisationen. Zu widerhandlungen werden als Hochverrat bestraft.

Sächsischer Kabinettstag über die Münchner Vorgänge.

II Dresden, 9. November. Die Nachrichten von dem Münchener Putsch haben in Dresden und im Lande selbst irgend eine Wirkung nicht ausgeübt, obwohl die Ereignisse Gegenstand lebhafter Diskussionen in allen Bevölkerungsschichten waren. Die Regierung trat vormittags zu einem Kabinettstag zusammen, um die durch den Putsch geschaffene Lage und eine zu treffende Maßnahmen zu besprechen. Beschlusssitzung erfolgte nicht. Die Sitzung wurde bis zu den Abendstunden verlängert, weil man die dahin hoffte, genauere Nachrichten über die Vorankündigung zu erhalten. Die in den späten Nachmittagsstunden eintauflaufenen Nachrichten, daß der Putsch einen rein lokalen Charakter trage und sich seinem Ende zufolge, ließen die Ruhe, die ursprünglich geherrscht wurde, als gesichert erscheinen. Ein größerer Teil der Truppen war in den Kasernen konzentriert.

Eine Erklärung der sächsischen Reichswehr.

II Dresden, 9. November. Für die unter Befehl des Generalleutnants Müller im Gebiete des Wehrkreises 4 eingesetzten Reichswehrverbände wird hierdurch die Erklärung abgegeben, daß Führer und Truppe rücksichtlos hinter dem mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht betrauten General v. Seekt stehen.

Eine Erklärung der bayerischen Regierung.

Im Regensburg-Umgebungszeitung wird eine Erklärung der bayerischen Regierung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Infolge des heute nach in München unternommenen Putsches begaben sich die Staatsminister Dr. Molt, Dr. Meinel und Dr. Krausnick nach Regensburg, um zunächst von hier aus die Geschäfte der Regierung weiter zu führen. Sie haben alsbald die Verbindung mit den Regierungspräsidenten aufgenommen. Von Regensburg aus sind die entsprechenden militärischen und polizeilichen Maßnahmen ergriffen worden. Verstärkungen sind nach München abgegangen. Die Südbundeskadre mit dem Generalstabkommandeur von Rohr und dem Landeskommandanten von Löffelholz wurden aufgenommen. Die von beiden und dem Obersten Seitzer in der Verhandlung am Donnerstag abend abgegebenen Erklärungen waren mit Waffenbewilligung und sind bereits widersehen. In der Bevölkerung, besonders aber unter der Beamtenschaft, genießt die Regierung das volle Vertrauen. In Nürnberg, wie überhaupt in Nordbayern, ist alles ruhig. Gegenüber anders lautenden Meldungen ist darauf hinzuweisen, daß der Zugverkehr mit München völlig intakt ist. Es sind Verhandlungen im Gange, um den Zugverkehr zwischen Bayern und Norddeutschland wieder aufzunehmen, womit in nächster Zeit gerechnet wird.

Wieder Ruhe in Bayern.

II München. In ganz Bayern ist die Ruhe wieder völlig hergestellt. Soher in München wurde auch in Augsburg von Nationalsozialisten eine Unternehmung verübt. Die Nationalsozialisten wurden jedoch von der Landespolizei verhaftet und entwaffnet. Auch in Nürnberg sind gestern früh bewaffnete Nationalsozialisten von der Landespolizei entwaffnet worden.

Der Münchener Putsch ist in erster Linie auf den Geldmangel innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung zurückzuführen. Im Verlaufe einer Sitzung der Hitlerischen Kampfverbände in München, in der der Putsch beschlossen wurde, sei wiederholt auf die Einstellung der Geldlieferung durch die bayerische Großindustrie Bezug genommen worden. Auch habe in der Sitzung eine Beschwerde der Brigaden Schärding vorgelegen, wonach diese zur Zeit vollkommen mittellos und auf Requisitionen angewiesen sei.

In Berlin alles ruhig.

Um Hinsicht auf die politischen Vorgänge in München teilt der Polizeipräsident von Berlin mit: In Berlin ist alles ruhig. Störungen der öffentlichen Ordnung sind nicht zu erwarten.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht folgendes Aufruf: „Wiederum ist eine letztere Vage für unser gesamtes Vaterland entstanden. Die Einheit des Reiches schwer bedroht, unsere Gorge um Ruhr und Rhein gesteigert, die Bedeutung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Gefährdung der Wirtschaft geht vor. Der letzte Voraussetzung auswärtiger Politik gefährdet. Die Reichsregierung der Deutschen Volkspartei spricht ihre letzte Erinnerung aus über den verbrecherischen Kabinettstag.“

in München. Sie erklärt weiterhin, daß sie einig und fest hinter den verfassungsmäßigen Gewalten des Reiches steht. Jeden Versuch, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung des Reiches weiterhin gewaltsam zu brechen, weiß sie mit Entschiedenheit zurück. Sie erwartet von allen Parteien, denen, doch sie ausnahmslos mit ihren bestreiten Vertragen im Reichstage entschlossen sind, alles einzelnen für die Einheit des Reiches und die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände.“

Die Deutschen Nationalen gegen das Kabinett Stresemann.

Die Deutschen Nationalen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Die Vorgänge in Bayern haben unteren wie höheren dringenden Warnungen Recht gegeben, daß das Mindestens der Regierungstreue und das längere Verbleiben der Regierung Stresemann, die von weise nationalen Kreisen abgelehnt wird, zu unheilsamen Ergebnissen führen werden. Nur durch Bildung einer Regierung, die das Vertrauen der nationalen Kräfte im ganzen Reichsgebiet besteht, kann weiteres Unglück verhindert und wirklicher Reichsfriede wiederhergestellt werden. Die unverzügliche Erlassung einer Regierung des nationalen Vertrauens ist daher das dringendste Gebot der Stunde.“

Die preußische Regierung an ihre Staatsbürger.

II Berlin. Die preußische Regierung erklärt folgenden Aufruf: Staatsbürger Preußisch! In München ist von Hochverrätern verlustig worden, die bayerische Regierung zu führen. Die Einheit des Reiches und seine Verfestigung sind bedroht. Die Reichsregierung hat zu ihrer Verfestigung aufgerufen. Es war kein Preußisch Ruhm, der letzte Heiler des Reiches zu sein. Die Preußische Regierung steht auch jetzt rücksichtslos hinter der Reichsregierung in dem ihr aufgetragenen Kampf. Münchner! Tretet einsichtig hinter Eure Regierung und helft so alle mit, die Einheit des Reiches zu erhalten.

Baden und Braunschweig gegen das hochverrätherische Unternehmen.

II Karlsruhe, 9. November. In der heutigen Sitzung des badischen Landtages gab Staatspräsident Höhler anlässlich der Vorkommnisse in München eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die badische Regierung mendet sich an das badische Volk und weist sich eins mit ihm in der schärfsten Verurteilung des hochverrätherischen Unternehmens. Sie steht treu zum Reiche und zur republikanischen Reichsverfassung und unterstutzt auch in dieser schweren Stunde, da der Bruderkampf in die deutschen Gauen eingetraten ist, die verfassungsmäßige Reichsregierung. Sie erwartet, daß das badische Volk in allen seinen Teilen diesem Beispiel folgt. Die Reichsregierung wird nachdrücklich die Reichsverfassung gegen Hochverräte schützen. Die nächste Befreiung ist Ruhe und Sicherheit im Lande aus Fernhaltung weiteren Unheils von unserer Heimat, damit Hunger und Not mit ihren verheerenden Wirkungen nicht noch steigen. Die badische Regierung ist stark genug, allen Verlusten zur Herbeiführung einer Umwälzung der verfassungsmäßigen Verhältnisse in Baden wirklich entgegengesetzt, ungefährliche Selbsthilfe wird mit aller Stärke unterdrückt werden. (Vorbericht Veitall.)

II Braunschweig. Die Braunschweiger Regierung veröffentlicht durch Auftrag den Aufruf der Reichsregierung mit der Erklärung, daß sie mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die Reichsregierung bei ihrem Kampf gegen hochverrätherische Bestrebungen energisch unterstützen werde.

Der Hamburgische Senat hilft die Reichsregierung.

II Hamburg. Auf ein an den Hamburgischen Senat gerichtetes Telegramm der Reichsregierung über den Münchener Putsch hat der Senat mit folgender Erwiderung geantwortet: Die Befürchtung des Telegramms der Reichsregierung vom 9. 11. verleiht der Senat, daß sein Zweifel darüber aufzumachen kann, ob die überwältigende Mehrheit der Hamburger Bevölkerung bei dem durch den gewaltfauligen Sturz der verfassungsmäßigen bayerischen Landesregierung eingeleiteten Kampf um die Reichseinheit steht. Hamburg stellt sich mit aller Entschiedenheit hinter die Reichsregierung und hofft, daß auch jene Teile des bayerischen Volkes, die aus deutschem Gefühl die Gemäßigten der bayerischen Umsturzler missbilligen, mit dazu helfen werden, die Reichseinheit und die Verfassung durch energische Abwehrmaßnahmen zu schützen.

Die Lage in Thüringen.

II Thüringen ist alles ruhig. Der 9. November galt in Thüringen als Feiertag, und hatten daher die Behörden und die Schulen geschlossen. Auch die Reichswehr ist seit Feiertag. Von der thüringisch-bayerischen Grenze liegen keine neuen Meldungen vor.

Die thüringisch-bayerische Grenze wird stark bewacht. Jegend welche Bewegungen sind bisher nicht festgestellt worden. Ancheinend bleibt die Putschbewegung vollkommen auf Bayern beschränkt.

Die Verkehrsperre wieder aufgehoben.

Anscheinlich der Umturmbewegung in München hat sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, eine Sperre im Eisenbahnbereich mit dem bayerischen Gebiete in der letzten Nacht auszusprechen. Nach Klärung der Verhältnisse in München konnte die Verkehrsperre gestern nachmittags wieder aufgehoben werden, sodass der Abtransport des Personen- und Güterverkehrs keine Hindernisse mehr im Wege stehen.

Schärfste Kontrolle an der bayrischen Grenze.

Das Wehrkreiskommando 5 teilt mit: Alle Funkverbindungen aus Bayern bejagen, daß im Kampf gegen Hitler unter Löffelholz und Kahr's Führung Reichswehr und Landespolizei die Kaiserin und die königlichen Gebäude in München fest in der Hand haben. Reichswehr und Südbayern ist nach München im Ammerland. In München selbst steht Ruhe. An der bayrischen Grenze wird schärfste Kontrolle ausgeübt. Ausreichende Nationalsozialisten und Freiwillige aus Überland sind auf Anordnung Löffelholz und v. Rohr einzuschalten.

Erhöhte Wachsamkeit empfohlen.

II Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichsregierung hält gestern nachmittag mit den Vertretern der freigewerkschaftlichen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine Besprechung ab, in der zur politischen Lage Stellung genommen wurde. Beschlüsse wurden nicht gefasst, doch wurde den Organisationen erhöhte Wachsamkeit empfohlen.

Zurückhaltung in Paris.

II Paris. Die Pariser amtlichen Stellen legen sich bei der Beurteilung der Vorgänge in Bayern bis zum Eintritt verdeckter Nachrichten eine grobe Zurückhaltung auf. Meldungen, die gestern vormittag nach Paris gelangten, lichen ein Wellenbad des Münchener Staatskrieges, liefern das Schlimmste für die französischen Beziehungen befürchten. Poincaré legte sich sofort mit den verbündeten Botschaftern in Verbindung, um über die neuartigen

Situation zu beraten. Im letzten Augenblick wurde die geplante Konferenz jedoch abgezögert auf Grund der letzten Nachrichten, die die Unterstützung des Münchener Putzes mitteilten.

Tote und Verwundete in München.

Aus München wird weiter berichtet: Am Baute des Reichstags am Nachmittag ist die Unternehmung gegen das Reichswehrgebäude zum Abschluß gekommen. Hauptmann Möhren von der Reichswehr hat das Reichswehrgebäude bedingungslos übergeben. Vor der Meldepunkt kam es jedoch nicht in unblutiges Zusammenstoß mit dem Vorgehen gegen das Reichswehrgebäude, zu einem Feuergefecht, bei dem 14 Personen getötet oder schwer verwundet worden sind, darunter auch ein Hauptmann der Bundespolizei.

Vor Ergänzung des Reichskabinetts.

Die Fraktionssitzungen im Reichstag.

II Berlin. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei hielten gestern im Reichstag lange Sitzungen ab. Gegenstand der Sitzungen war die Ergänzung des Reichskabinetts. Die Deutsche Volkspartei nahm einen Antrag an, worin dem Reichskanzler der Wunsch vorgebracht wird, die Bildung einer Regierung aller bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschen Nationalen zu verhindern. Aus Zentrumskreisen verlautet, daß dort keine Freigabe besteht, einem Kabinett beizutreten, in dem sich die Deutschen Nationalen befinden, wenn dieses nicht unter der Führung Stresemanns steht. In demokratischen Kreisen ist man überhaupt nicht geneigt, in einem Kabinett mit den Deutschen Nationalen zusammenzuarbeiten. Endgültige Beschlüsse für ihre Haltung werden aber erst für die späten Abendstunden erwartet. Der Reichskanzler selbst rechnet damit, daß er bis spätestens Sonnabend die die bürgerliche Fraktion demgegenüber den Rücktritt des Reichskanzlers als unabdinglich erforderlich erklärt hat, hält die Deutsche Volkspartei ihren Wunsch nicht mehr aufrecht.

Amerika

Beteiligt sich nicht an der Prüfung der Deutschen Zahlungsfähigkeit.

WTB. Paris. (Werbesprechnachricht) Wie die Agence Havas aus Washington meldet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, an einem Sachverständigenkongress zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht teilzunehmen.

*

Die französische Borse.

Paris. Das französische Außenministerium bringt in großer Aufmachung eine Note in die Öffentlichkeit, in der sie nochmals den französischen Standpunkt betreffend die Sachverständigenkonferenz darlegt. In der Note heißt es, daß die französische Regierung nach den Geschehnissen des Vierkampfes handeln könne. Zum Artikel 24 habe die Reparationskommission die Aufgabe, von Zeit zu Zeit die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen, sie habe auch die Vollmacht, die Art der Zahlungen abzuändern und die Zahlungsmöglichkeiten neu festzulegen. Trotz dieses Artikels sei es der Reparationskommission jedoch unterstellt, 1. irgend einen Schuldenaufschlag ohne Einwilligung der anderen Regierungen zu bemühen, 2. einen teilweisen oder vollem Zahlungsaufschlag bis zum Jahre 1930 müsse die Reparationskommission einstimmig bewilligen.

II Berlin. Der von Paris angekündigte Schritt des französischen Botschafters in Berlin beim Reichskanzler über die Haltung Frankreichs nach der eventuellen Errichtung einer Diktatur in Deutschland ist gestern nachmittag erfolgt. Der Botschafter soll den Standpunkt der französischen Regierung dahin geformuliert haben, daß das demokratisch-parlamentarische System in Deutschland die Voraussetzungen für gerechte Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei. Es handelt sich keineswegs um einen Schritt von ultimativem Charakter.

Die Tätigkeit der Unterausschüsse des Essener Wirtschaftsrats.

Die vom Essener Wirtschaftsrat gebildeten Unterausschüsse für Geld- und Kreditwesen, Verkehrsbedienstete, Arbeitsfragen, Lebensbedarf, Kohlen und Rohstoffe, Ein- und Ausfuhr, haben die Arbeit aufgenommen und sind bereits wiederholt zusammengetreten. Die Sitzungen batten zum Teil gute Erfolge, zum Teil aber stellten sich auch ernsthafte Schwierigkeiten heraus. — Im Verkehrsausschuß wurde von dem französischen Vertreter mitgeteilt, daß die deutschfranzösische Freigabe mehrerer Güter, Waren- und Bahnstrecken, ferner die Freigabe des Eisen- und Bahnverkehrs in die Wege geleitet sei. Die Regierung übernahm die Haftpflicht für die übernommenen Güter im selben Umfang wie die deutsche Reichseisenbahnverwaltung mit Ausnahme der Schäden, die auf höhere Gewalt und auf Sabotage zurückzuführen seien. Darüber, welche Gerichtsbarkeit für Verkehrsdelikte zwischen Bevölkerung und Regiebahn günstig sei, werde die Rheinlandkommission entscheiden. Der Güterverkehr werde auf Grund französischer Bestimmungen durchgeführt. Hinsichtlich des Wechselvertrages zwischen Regiebahn und deutschen Eisenbahnen erklärten sich die französischen Vertreter nicht ganz einig. Von deutscher Seite wurde hierzu die dringende Notwendigkeit betont, beschleunigte Vereinbarungen zu treffen. Im Personentarif der Regie seien Monats-, Wochen-, Arbeiter- und Schülerkarten vorgesehen. Von deutscher Seite wird betont, daß die Wiedereinführung von Berufs- und Arbeitserträgen unabdingt notwendig sei. — Um überein zu sein ist es dringend erforderlich, den Gabryplan schließlich wieder normal zu gestalten.

Der Konsult am Balkan beigelegt.

II Sofia. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Gestern vormittag sprach Ministerpräsident Janoski dem südlawarischen Geschäftsträger Blaski und dem südlawarischen Militärrat Blaski, dem südlawarischen Militärrat, über den Balkan, das Bedauern der bulgarischen Regierung aus Anlaß des Ueberfalls auf den Attaka aus. Indem die bulgarische Regierung dieses für die Würde des Staates harde Opfer brachte, wünschte sie vor der gesamten Welt ihrem aufrichtigen Wunsch Ausdruck zu geben, den Frieden zu erhalten, und einen Beweis ihrer Absicht zu geben, jeden Angriff zu vermeiden, der den Beziehungen guter Nachbarschaft zwischen den beiden Balkanländern Schaden könnte.